

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/220

Bonn, den 19. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Die "Umschichtungen" im Bundeshaushalt 1963 ----- Neue Praktiken der Bundesregierung Von Max Seidel, MdB	69
3	<u>Sozialpolitiker Strauss ?</u> ----- Die Opposition innerhalb der Regierung Erhard	45
4	<u>"Einer trage des anderen Last"</u> ----- Vertriebene und Flüchtlinge sind keine "Gruppeninteressenten"	48
5	<u>Schulen sind nicht Fabriken</u> ----- Warum scheitert jedes zehnte Kind im ersten Schuljahr ? Feststellungen der Weltgesundheitsorganisation Von Bruno Kuster, Genf	52
6	<u>Im Schatten Pekings-Moskaus</u> ----- Zersplitterungstendenzen bei den skandinavischen Kommunisten Von unseren Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten	47

Chefredakteur Günter Markscheffel

Die "Umschichtungen" im Bundeshaushalt 1963

Neue Praktiken der Bundesregierung

Von Max Seidel, MdB

Als im Juni 1963 der Bundestag den Haushaltsplan für das Jahr 1963 mit 56,8 Milliarden DM verabschiedete, war wieder einmal das Zahlenwerk des Etats in Einnahmen und Ausgaben fertiggestellt. Wenige Wochen später erschien dann der "Bundeshaushaltsplan 1963". Der Bürger, der sich anhand des über 2000 Seiten umfassenden Buches über Einzelheiten des Haushalts unterrichten will, wird die aufgeführten Zahlen und angegebenen Erläuterungen für authentische Angaben halten. Doch welch ein Irrtum für den Bürger! Kaum war der Bundeshaushalt 1963 verabschiedet, warf die Bundesregierung das mühsam erbaute Zahlenwerk um. Wozu dann die lange Beratung des Haushaltsentwurfes in den Ausschüssen und im Parlament? Die Frage ist berechtigt. Wurde doch in den Ausschüssen des Bundestages jede ausgewiesene Position des Haushaltses von der Regierung ausführlich begründet und bei Einwendungen hartnäckig verteidigt. Und das unter Assistenz eines großen Aufgebotes von Referenten aus dem Ministerium. Der Abgeordnete, der dies erlebte, mußte des Glaubens sein, die dargelegten Teilprogramme und vorgeschlagenen Summen seien gründlich durchdacht, und wenn Ausschuss und Parlament dies beschließen, dann wird das alles von der Bundesregierung zielstrebig verfolgt und ausgeführt. Weit gefehlt...

Warum wird das gemacht?

Während der Sommerpause des Parlaments begann die Bundesregierung mit der "Umschichtung" des eben beschlossenen Etats 1963. Dabei handelt es sich nicht um wenige Millionen DM; fast 2 Milliarden DM wurden von dieser "Umschichtung" der Einzelpläne 10 (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) und 14 (Verteidigung) erfaßt:

Warum und wie wird das gemacht? Aus politischen Gründen sollen diese Einzelpläne in der festgelegten Gesamtausgabe keine Minderung im Ablauf des Etatsjahres erfahren. Ganz gleich, ob die vorgesehenen, beschlossenen Teilprogramme nicht voll ausführbar oder manche Ansätze zu hoch angesetzt waren, um die zwangsläufige Einsparung zu vermeiden, werden die so freiwerdenden Summen auf andere laufende Teilprogramme

und Titel umgeschichtet. Das macht die Bundesregierung unter Berufung auf § 53 der Reichshaushaltsordnung. Obgleich die strenge Bestimmung: "ausnahmsweise im Falle eines unabweisbaren Bedürfnisses" bei den Ausmaß der "Umschichtungen" weit überzogen erscheint. Vielleicht kommen wir unter der CDU/CSU-Herrschaft noch dazu, den Bundeshaushalt nur nach Programmrichtlinien und einer Globalsumme zu beschließen. Die Einzelheiten des Etats erledigt dann die Regierung selbst. Was die Regierung jetzt in Form der "Umschichtung" praktiziert, kommt fast solcher Methode gleich.

Man muß an das Parlament sehr ernsthaft die Mahnung richten, sich nicht das Budgetrecht durch diese Art der Haushaltspolitik der Bundesregierung beeinträchtigen zu lassen. "Die "zustimmende Kenntnisnahme" der Koalitionsmehrheit im Haushaltsausschuß war in diesem Fall mehr die politische Demonstration gegen die Opposition als die sachliche Rechtfertigung der neuen Praktiken der Bundesregierung.

Die Absicht der Bundesregierung, bestimmte Einzelpläne, koste es, was es wolle, im Gesamtausgabenansatz des Jahres zu halten, mußte in Zukunft Konsequenzen haben. Was der Regierung recht ist, kann dem Abgeordneten billig sein. Nach dem Beispiel der Bundesregierung könnte der Abgeordnete im Oktober stets die Anfrage stellen, welche Titel in den Einzelplänen nicht ausgeschöpft werden und dann beantragen, mit diesen Restsummen die Titel zu verstärken, die bei der Haushaltsberatung zu kurz gekommen sind.

Glaubwürdigkeit infrage gestellt

Es muß gefordert werden, daß die Bundesregierung diese umfassenden "Umschichtungen" des Bundeshaushaltes unterläßt. Denn mit dieser Praxis wird die Glaubwürdigkeit der vorgelegten Haushaltsansätze durch die Regierung ernsthaft infrage gestellt. Was der Bund für die ordentliche Abwicklung des Bundeshaushaltes benötigt, ist vor allem die rechtzeitig e Einbringung des Haushaltes durch die Bundesregierung, damit die fristgerechte Verabschiedung des Etats erfolgen kann. Das Haushaltsjahr ist gleich Kalenderjahr und das beginnt am 1. Januar, an dem auch der Bundeshaushalt in Kraft treten sollte. Weder Bundesfinanzminister Fritz Schäffer noch Franz Eitzel, Dr. Starke oder Dr. Dahlgrün waren im Stande, den Bundeshaushalt dem Parlament so rechtzeitig vorzulegen, daß er fristgerecht hätte verabschiedet werden können. Nach 15 Jahren der Fristveräumnisse wäre es doch an der Zeit, den Bestimmungen des Grundgesetzes endlich Rechnung zu tragen. Die "Umschichtungen" im Haushaltsplex während des Etatjahres sind kein Ersatz für diese Fehlleistung der Bundesregierung.

Sozialpolitiker Strauss ?

Die Opposition innerhalb der Regierung Erhard

sp - Franz Josef Strauss, dem früheren Verteidigungsminister, sagt man viele Meriten nach; daß er intelligent und ehrgeizig ist, wird auch von seinen politischen Gegnern nicht bestritten, ebenso, daß er angeblich einiges von militärischen Dingen versteht, obwohl in jüngster Zeit dieser Nimbus aufgrund von Fehldispositionen bei Waffenkäufen stark angeschlagen scheint. Aber Strauss als Sozialpolitiker? Das ist wirklich ein Kovum besonderer Art.

Die Protokolle des Bundestages verzeichnen keine Rede des jetzigen CSU-Vorsitzenden, die im Zusammenhang mit Sozialpolitik zu bringen wäre. Als Verteidigungsminister hat er kein Wort zur Versorgung der Kriegsoptioner gesagt, für ihn war das ein fremdes Gebiet, es kümmerte ihn nicht. Das lag im Zuständigkeitsbereich eines anderen Ressorts.

Heute entdeckt Franz Josef Strauss sein Herz für die Kriegsoptioner. Er macht es sogar zu einem Politikum hochexplosiven Stoffes. Um Mißverständnisse zu vermeiden, auf der Seite der Kriegsoptioner steht das Recht, steht die Solidarität unseres Volkes. Bei ihnen den Rechenstift anzusetzen, war und ist nicht zu rechtfertigen. Frau Probst, Bundestagsabgeordnete der CSU, also der gleichen Partei angehörend, wie Herr Strauss, hat sich der Sache angenommen und zusammen mit den Vertretern der anderen Parteien im zuständigen Bundestagsausschuß einen Kompromiß vorbereitet, den die Kriegsoptionerverbände als brauchbare Grundlage akzeptieren. Dieser Kompromiß fand nicht die Zustimmung der Regierung Erhard. Dies gewissermaßen zur Sache.

Der Konflikt zwischen Erhard und den Kriegsoptionerverbänden gibt nun Franz Josef Strauss einen willkommenen Anlaß, sich zur Geltung zu bringen und das Gewicht seiner Eigenständigkeit demonstrativ zu betonen. Nicht mehr zu überbietende Doppelzüngigkeit nennen diese Haltung die Anhänger von Erhard. Es geht Strauss nicht um die Wohlfahrt der Kriegsoptioner, wohl aber darum, dem amtierenden Bundeskanzler zu beweisen, daß er, Strauss, bei allen politischen Entscheidungen nicht übersehen werden kann. Er stellt Erhard vor eine Kraftprobe. Ihr Ausgang wird entscheiden, wer von wem abhängig ist.

"Einer trage des anderen Last"

Vertriebene und Flüchtlinge sind keine "Gruppeninteressenten"

sp - Vor wenigen Tagen ging durch die Presse eine Verlautbarung des "Bauernverbandes der Vertriebenen e.V." über ein Gespräch seines Vorstandes mit den Bundesministern Schwarz und Krueger. Es ging bei diesem Gespräch in der Hauptsache um die weitere Eingliederung der heimatvertriebenen und geflüchteten Bauern durch einen neuen Fünfjahresplan. Aus dem Inhalt des Gesprächs muß festgehalten werden, daß zwischen den Gesprächspartnern Übereinstimmung darüber bestand, daß es eine staatspolitische Notwendigkeit sei, die Probleme der Eingliederung erfolgreich zu lösen.

Worum geht es hierbei eigentlich? Aus den Vertreibungsgebieten und Mitteldeutschland sind als Folge des zweiten Weltkrieges und der kommunistischen Willkür bisher weit über 500 000 Bauernfamilien in die Bundesrepublik gekommen. Erst rund ein Viertel davon war in den 18 Jahren nach Kriegsende in der Lage, wieder seinem angestammten Beruf auf eigenem Boden nachzugehen; davon konnten etwa 80 Prozent nur eine Nebenverbstelle erhalten, die im Gesetz selbst als Ersatz für eine Eingliederung auf einer Vollbauernstelle angesehen wird, in Wahrheit aber nur eine Notlösung darstellt.

Die übrigen, fast 400 000 Bauern, befinden sich bis heute in fremden Berufen und haben - das wird allseitig, zuletzt vom neuen Bundeskanzler anerkannt - mit äußerster Tapferkeit und z.T. mit großem Erfolg am Wiederaufbau der Bundesrepublik mitgearbeitet. Von diesen Menschen, die in den Vertreibungsgebieten nicht nur Existenz, sondern Grund und Boden und ausreichende Altersversorgung (ohne Staatshilfe) hatten, warten noch heute über 160 000 auf eine landwirtschaftliche Eingliederung, wenn sich auch der überwiegende Teil davon wegen vorgerückten Alters mit einer Nebenverbstelle abfinden will. Es ist daher nur selbstverständlich, daß die Minister Schwarz und Krueger sich der Forderung der Vertreter dieser Siedlungsbewerber, deren Zahl durch eine vom Bundesernährungsministerium veranlaßte Umfrage festgestellt worden ist, angeschlossen haben. Minister Krueger hat diese Tatsache noch am letzten Sonntag in Stuttgart ausdrücklich bestätigt.

Aber nun kommt der Pferdefuß in dieser Angelegenheit. Gelegentlich wird behauptet, es sei fraglich, ob es noch eingliederungswillige Ostbauern gebe und ob die Bemühungen ihrer Vertretung nicht nur Forderungen von "Gruppeninteressenten" seien.

Leider findet dieses Schlagwort seine Untermauerung durch die Regierungserklärung des neuen Kanzlers, der es - wenn auch ganz allgemein - gebraucht hat. Ein willkommener Anlaß für alle, sich keine Gedanken darüber machen, wie oberflächlich sie an ein Problem herangehen, das als anerkannte schwerste Kriegsfolgenlast alle Deutschen angeht. Nicht nur die Vertriebenen haben den Krieg verloren, genauso wenig wie sie ihn etwa angefangen haben. Es sollte in unserem Volk eine Gesamtverantwortung geben, die nicht in Gruppeninteressen aufgegliedert werden darf. Die vertriebenen und geflüchteten Bauern haben eine schwere Last zu tragen; auch sie dürfen nicht aus g e m e i n s a m e n Sorgerepflichtungen und gemeinsamen Verantwortungen ausgeklammert werden. Denn: Einer trage des anderen Last!

Schulen sind keine Fabriken

Von Bruno Küster, Genf

Genügt es, daß die Schulkinder gewogen, gemessen und geimpft werden? Die verantwortlichen Leiter der schulärztlichen Dienste, die vom europäischen Büro der Weltgesundheitsorganisation zu einem Seminar über die Gesundheit der Schulkinder versammelt wurden, verneinen diese Frage und treten energisch für eine Ausweitung des Aufgabenbereiches der schulärztlichen Dienste ein.

In der ärztlichen Betreuung der Kinder und Jugendlichen klaffen Lücken, die von den Verantwortlichen darn als besonders bedauerlich empfunden werden, wenn sie die rechtzeitige Beseitigung verschiedener Störungen verhindern. Tatsächlich gibt es für das Kleinkind im vorschulpflichtigen Alter keinen ärztlichen Dienst, der die Gesamtheit der Kinder erfaßt. Aber gerade in diesen kritischen Jahren können unheilbare Schäden eintreten, wenn sie nicht sofort behandelt werden. Beispielsweise sollte der Schielen vor dem vierten Altersjahr entgegengewirkt werden, wenn das schielende Auge seine Sehkraft nicht für immer einbüßen soll.

Eine zweite Lücke besteht darin, daß in vielen Ländern der schulärztliche Dienst nur die staatlichen, hingegen die privaten Schulen nicht erfaßt. Das Seminar der Weltgesundheitsorganisation ist deshalb der Auffassung, daß unbedingt alle Kinder und zwar schon im vorschulpflichtigen Alter einer systematischen ärztlichen Beobachtung unterstellt werden müssen.

Eine dritte Lücke öffnet sich am Ende der Schulzeit, da in der Regel der Übergang zur ärztlichen Betreuung am Arbeitsplatz nicht gewährleistet ist.

Symptome nicht mit Ursachen verwechseln

Diese gewissermaßen horizontale Ausdehnung der ärztlichen Betreuung der Kinder und Jugendlichen soll auch in vertikaler Richtung ausgebaut werden. Mit Nachdruck verlangen die Schulärzte, bei jeder Untersuchung eines Kindes auch seinen familiären Verhältnissen größte Aufmerksamkeit zu schenken, wo oft die Ursachen für körperliche oder psychische Störungen zu finden sind. Mit dem Elternhaus sind darum ständige Verbindungen aufrechtzuerhalten. Auch die Erziehung der Eltern gehört in gewissem Sinne zum Aufgabenbereich des schulärztlichen Dienstes. Es ist ja nur zu gut bekannt, wie nachteilig sich häusliche Spannungen auf die geistige Entwicklung der Kinder auswirken können.

Die Verantwortung der Schule

Aber auch die Schule kommt in den Augen der Schulärzte nicht durchweg gut davon, fühlen sie sich doch zur Feststellung verpflichtet, die Schule müsse dem Kinde eine günstige Umgebung bieten. Eine Selbstverständlichkeit, sollte man meinen. Aber die Lehrer nehmen oft eine zu "aggressive" oder "kritische" Haltung ein. Oft wird der Wettbewerb zwischen den Kindern von den Verantwortlichen viel zu weit getrieben, was "schädlich sein kann". Und warum scheitert im Durchschnitt jedes zehnte Kind schon im ersten Schuljahr? Diese Frage ist zu ernst, als daß sie mit einem Achselzucken übergangen werden kann. Der schulärztliche Dienst, unterstützt von den zuständigen Fachleuten, muß den Ursachen in jedem einzelnen Falle nachspüren. Schließlich erklären die Verantwortlichen der schulärztlichen Dienste: "Man muß gegen die Tendenz kämpfen, die Schule wie eine Fabrik zu leiten."

Die in diesen Feststellungen enthaltene Kritik trifft natürlich nicht auf alle Länder im gleichen Maße zu, aber für keines dürfte sie ganz gegenstandslos sein.